



Delligsen, den 1. September 2014

Presseerklärung

Zahlreiche Einwände trotz informeller Beteiligungsverfahren

Nach Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt B der 380 kV-Höchstspannungstrasse Wahle – Mecklar von Lamspringe nach Hardeggen sind 215 förmliche Einwendungen bei der verfahrensführenden Behörde, dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr, eingegangen. Obwohl im informellen Verfahren vor Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens nach Aussagen des Vorhabensträgers TenneT TSO GmbH bereits die Hälfte aller Maststandorte aufgrund von Eingaben der Betroffenen verändert worden sind, sind im Planfeststellungsverfahren für die ersten beiden der vier Abschnitte ca. 800 Einwendungen gemacht worden (d. h. ca. 8 Einwendungen pro Kilometer Planungsstrecke).

Offenbar ist also die Hoffnung auf eine größere Akzeptanz der Bevölkerung durch ein dazwischen geschobenes informelles Beteiligungsverfahren nicht aufgegangen. Aus unserer Sicht jedoch ist das Ziel „größere Akzeptanz“ nicht wegen dieser zusätzlichen Beteiligungsmöglichkeit sondern durch die Ausführung dieser Beteiligungsformate verfehlt worden.

Die Vertreter der Bürgerinitiativen, aber auch andere beteiligte Betroffene, hatten im informellen Beteiligungsverfahren vor allem mit folgenden Schwierigkeiten zu kämpfen:

- unprofessionelle Gesprächsführung durch den Netzbetreiber/kein neutraler Moderator
- unvollständige, interessengelagerte Protokollführung durch den Netzbetreiber
- unvollständige Aufnahme der zu prüfenden Alternativvorschläge
- pauschalisierte, nicht nachvollziehbare und deshalb intransparente Darstellung der Abwägungsentscheidungen

Die relativ hohe Zahl von Einsprüchen liegt also aus unserer Sicht nicht an der vorgezogenen informellen Beteiligung, sondern vor allem an dem Qualitätsstandard in dem diese Beteiligung durchgeführt wurde: in den „Bürgerinformationsmärkten“ und in den Sitzungen der „Runden Tische“ (TenneT nannte sie bei Wahle-Mecklar: „planungsbegleitende Arbeitskreise“). Es reicht eben nicht aus, wenn Vertreter aller Parteien zum Beispiel bei der Sued.Link-Planung nach „Runden Tischen“ und „Kommunikationsnetzwerken“ rufen, sondern in der Durchführung muss vor allem auf die - eigentlich bekannten - „Standards“ geachtet werden.

Daraus ergibt sich eine erste Forderung der Bürgerinitiativen:

Bei der Bürgerbeteiligung müssen mindestens die Standards eingehalten werden, wie sie im „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung“ aufgeführt worden sind.

(Hrsg.: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 2014, insbes. Kapitel 2 (Kennzeichen einer guten Beteiligung) und Kapitel 9 (Bausteine zur Beteiligung))

Zusätzlich sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass die „Runden Tische“ eigene Prüfaufträge und/oder Gutachten initiieren können.

Aus der Erfahrung der Bürgerinitiativen muss darüber hinaus zur Erzielung größerer Akzeptanz der gesetzliche Rahmen für eine sozial- und umweltverträgliche Trassenführung erweitert werden.

Die Akzeptanz wird erheblich erschwert, wenn die geplanten Trassen

- streckenweise extrem im Zickzack verlaufen (um die geforderten Abstände einzuhalten) und so einerseits zusätzliche Sichtbelastungen und andererseits erhöhte Kosten verursachen (längere Strecken, höhere Leitungsverluste, erhöhte statische Erfordernisse);
- Ortschaften teilweise mit 180 bis über 270 Grad mit Höchstspannungsleitungen umschlossen werden.



Bürgerinitiative Delligsen in der Hilsmulde e.V.

Daraus ergibt sich als weitere Forderung der Bürgerinitiativen:

Bei der Planung von Teilerdverkabelungsabschnitten (z.B. bei Umgehung von Ortschaften) müssen Streckenverkürzungsmöglichkeiten, sowie eine stärkere Berücksichtigung des Schutzfaktors Mensch und naturschutzfachlicher bzw. ökologischer Belange vorgesehen werden.

Für die Akzeptanz ist aber auch nicht förderlich, wenn der zuständige Minister, quasi aus dem Bauch heraus, feststellt, dass der im Bundesbedarfsplan vom Parlament beschlossene Gleichstromkorridor „Südost“ nicht nötig sei (vgl. [Spiegel-online vom 30.07.2014](#)).

Durch derartige Diskussionsbeiträge werden erst recht neue Fragen aufgeworfen:

- ? Welche Abwägungsentscheidungen haben zu dieser Feststellung geführt?
- ? Aus welchen Gründen ist diese Leitung überhaupt geplant worden?
- ? Sind diese Gründe nun weggefallen?
- ? Was bedeutet eine solche Aussage für das übrige Netz?

So wird die notwendige Akzeptanz für den Netzausbau auch durch weitere widersprüchliche und unzureichende Information und Diskussionslage gestört:

- Die Bürgerinnen und Bürger erhalten über die Notwendigkeit des Netzausbaus lediglich interessengeleitete Informationen.
- Die Planungsphasen und Verfahrensabschnitte unterliegen einem erheblichen zeitlichen Engpass. Im Planfeststellungsverfahren Wahle-Mecklar mussten z.B. die Ratsmitglieder der Gemeinden eine Frist von sechs Wochen einhalten, um die extrem umfangreichen und schlecht aufbereiteten Planfeststellungsunterlagen zu sichten, dazu Stellung zu nehmen und die Abstimmungsprozedur zu leisten.
- In dem mehrjährigen Prozess von der Erstellung der Szenariorahmen über die Netzentwicklungspläne, den Bundesbedarfsplan, der Bundesfachplanung bis zur Planfeststellung gibt es nur eine erst- und letztinstanzliche Möglichkeit des juristischen Eingriffs.

Aus Sicht der Bürgerinitiativen müssen daher vom Gesetzgeber weitere administrative Maßnahmen ergriffen werden:

- **Einrichtung von "Bürgerbüros" auf Bundesebene und in den betroffenen Ländern zur Information und Verfahrensberatung der Bürger, frei von Investor-Interessen;**
- **mehr ausreichende Zeit für die Auslegung der Pläne**
 - **für die politische Willensbildung vor Ort,**
 - **zur Wahrnehmung der Beteiligungsrechte der kommunalen Mandatsträger;**
- **Möglichkeiten juristischer Eingriffe für Betroffene und Beteiligte während der Abwicklung des Verfahrens.**

Die Bürgerinitiativen treten zur Erreichung der Klimaschutzziele ein für die größtmögliche Nutzung der erneuerbaren Energien bei einem menschen-, sozial- und umweltverträglichen Netzausbau.

Bürgerinitiative: Delligsen in der Hilsmulde e.V.

Heinz-Jürgen Siegel

1. Vorsitzender

Am Sandbrink 12

31073 Delligsen

Fon: (+49) 05187 4480

Mobil (+49) 0175 4172196

Heinz-J.Siegel@t-online.de

www.bi-hilsmulde.de